

# **Die Politik Rumäniens in der Orientalischen Krise 1875—1878 aus der Sicht der diplomatischen Vertreter Großbritanniens und Frankreichs in Bukarest**

Von LOTHAR MAIER (Heidelberg)

Großbritannien und Frankreich gehörten zu den sechs europäischen Mächten, die auf der Grundlage des Pariser Vertrags von 1856 und der Konvention von 1858 den Bestand des rumänischen Staates unter der Suzeränität des Sultans und seine auf innerer Autonomie beruhende Verfassung gemeinsam garantierten. Außerdem hatten die Regierungen beider Länder in Rumänien wichtige Handels- und Finanzinteressen ihrer Staatsangehörigen zu schützen. Unter diesen Voraussetzungen kann man erwarten, daß die Berichte der britischen und französischen diplomatischen Vertreter aus Bukarest an ihre Außenminister Informationen über die Lage Rumäniens in der Orientalischen Krise bieten, die über das für eine Darstellung der Diplomatiegeschichte Relevante hinausgehen.

Regelmäßige Berichterstattung aus unmittelbarer räumlicher und zeitlicher Nähe kann anderswo nicht zu findende oder ergänzende Fakteninformation liefern. Vergleichbar mit Memoiren vermittelt sie ein Bild von Zuständen und Ereignissen, das durch einen subjektiven Filter verfärbt und entsprechend korrekturbedürftig ist. Mehr noch als beim Beispiel der Memoiren, wo ja auch die durch die Erzählung scheinende Einstellung des Verfassers bisweilen mehr interessieren kann als das Erzählte selbst, lohnt es sich die Haltung diplomatischer Vertreter zu den Problemen des Gastlandes aus ihren Berichten herauszuarbeiten. Sind doch die Informationen und Programmentwürfe, die sie einbringen, in der Regel eine wichtige Grundlage für die Willensbildung ihrer Regierungen. Je nach dem Grad der Verknüpfung oder auch der Kollision von Interessen beider Länder werden gewöhnlich nicht nur die Informationen detaillierter, sondern man kann über die diplomatische Korrespondenz auch vermehrt Einblicke in Entscheidungsprozesse gewinnen, die zum Verständnis von innen-, finanz- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen des Gastlandes Wesentliches beitragen. Auf Rumänien zur Zeit seines Kampfes um Souveränität und die beiden Mächte Großbritannien und Frankreich, die Garanten der Oberhoheit der Pforte, trifft dieser enge Zusammenhang in besonderem Maße zu. Gerade durch die den Berichterstattern eigentümlichen Voreingenommenheiten werden Fragen aufgeworfen und werden Zusammenhänge deutlich, die bisher in der Literatur weniger Beachtung fanden<sup>1)</sup>.

---

<sup>1)</sup> Neuere Literatur mit weiterführender Bibliographie: *Istoria Romîniei* Vol. IV. Bucureşti 1964; Barbara Jelavich, *Russia and the Reacquisition of Southern Bessar-*

Der auf dem Pariser Vertrag beruhende Status bot Rumänien äußere Sicherheit und gleichzeitig ein großes Maß an Freiheit der inneren Entfaltung und brachte damit einen immensen Fortschritt gegenüber früheren Verhältnissen. Obwohl also vielleicht ein sich Begnügen zu erwarten gewesen wäre, stieß sich eine auf westlichen Grundlagen hochgebildete, von streitbarem Ehrgeiz erfüllte politische Elite ungeduldig an den weiterbestehenden Manifestationen der Abhängigkeit. Von besonderer emotionaler Bedeutung war die Oberhoheit des Sultans. Sie äußerte sich vor allem in der alljährlich fälligen Zahlung des Tributs, aber auch z. B. im Verbot, Münzen mit dem Bild des Fürsten zu prägen, Orden zu verleihen und in Diskriminierungen auf dem Feld der Diplomatie: Die ausländischen Vertreter in Bukarest waren Generalkonsuln, die dem jeweiligen Botschafter in Konstantinopel unterstanden und allenfalls noch den Titel „diplomatischer Agent“ trugen. War dieser Mangel an Attributen der Souveränität noch eher verletzend als von praktischer Bedeutung, so konnte das Fortbestehen der Konsulargerichtsbarkeit, das Fehlen der Zollhoheit und des Rechts, internationale Verträge zu schließen, die Entwicklung des Landes empfindlich behindern.

Schwerer wog, daß die Mächte außer dem Verhältnis Rumäniens zur Pforte auch dessen Verfassung garantierten. Das bedeutete, daß in wichtigen Bereichen der Sozial- und Wirtschaftspolitik ständige Einmischung aus dem Ausland drohte, daß die Mächte, deren Vertreter zu äußerst unbequemen Aufpassern werden konnten, bisweilen in die Gesetzgebung einzugreifen suchten. Sie konnten — um bei im behandelten Zeitabschnitt aktuellen Beispielen zu bleiben — gegen eine Erhöhung der Steuern durch die Kommune Bukarest und gegen eine Verringerung der Zahl der Richter im Obersten Gerichtshof protestieren. Von diesen Möglichkeiten machten vor allem die britischen und französischen Generalkonsuln häufig Gebrauch. Diese zweite Form der Abhängigkeit konnte also Maßnahmen zur Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung beeinträchtigen.

Die nicht minder gefährliche Abhängigkeit von den europäischen Kapitalmärkten begann Mitte der 1870er Jahre, durch äußere Einflüsse verstärkt, sich voll

---

bia 1875—1878, *Südost-Forschungen* XXVIII, 1969, S. 199—237; Dies., Austria Hungary, Rumania and the Eastern Crisis, 1876—1878, *Südost-Forschungen* XXX (1971), S. 111—141; Michail M. Zalyškin, Vnešnjaia politika Rumynii i rumyno-russkie otnošenija 1875—1878. Moskva 1974; Dan Berindei, Cucerirea independenței României 1877—1878. București 1967; Nicolae Ciachir, Războiul pentru independența României în contextul european (1875—1878). București 1977; Nicolae Corivan, Lupta diplomatică pentru cucerirea independenței României. București 1977; Independența României. [Sammelband]. București 1977. Eine Bibliographie raisonnée in englischer Sprache: The Independence of Romania. Selected Bibliographie. (Bibliotheca Historica Romaniae. Monographs XXII) București 1980, empfiehlt sich vor allem als Überblick der vielen Neuerscheinungen im Jubiläumsjahr 1977. Diplomatische Berichte benützte bereits Dan Berindei für eine Darstellung der politischen Vorgeschichte der Unabhängigkeitserklärung, in der die Verständnislosigkeit der ausländischen Vertreter den rumänischen Verhältnissen gegenüber besonders hervorgehoben wird: Dan Berindei, Représentants étrangers à Bucarest et l'indépendance de la Roumanie (1875—1877), *Revue Roumaine d'Histoire* 16 (1977) Heft 2, S. 279—295.

auszuwirken. Der Ausbau des Verkehrsnetzes, besonders die Bahnbauten, war nur mit Hilfe ausländischer Investitionen möglich. Die waren aber nur unter erschweren Bedingungen anzuziehen. Dazu kam als zusätzliche Belastung die Aufrüstung zum Zweck einer aktiven — zunehmend auf die Gewinnung der staatlichen Unabhängigkeit gerichteten — Außenpolitik, der vor allem die Sorge des Fürsten *Karl von Hohenzollern-Sigmaringen* galt. Gerade die zu dieser Zeit sonst eher zurückhaltende französische Regierung zögerte nicht, diese Kapitalabhängigkeit auszunützen, um in die Finanzpolitik der rumänischen Regierung einzugreifen.

\*

Die Haltung Großbritanniens und Frankreichs zu Rumänien kamen sich zu der behandelten Zeit so nahe, daß man ohne Schwierigkeiten die Berichterstattung ihrer beiden Vertreter gemeinsam darstellen kann<sup>2)</sup>. Beide waren, wenn auch aus unterschiedlichen Ursachen, an der Erhaltung der durch die Pariser Verträge bestimmten Situation stärker interessiert als etwa die drei Kaiserreiche. Im Falle Großbritanniens beruhte dies auf dem Interesse am Fortbestand des status quo: zum einen was die Integrität des Osmanischen Reiches, zum anderen das europäische Gleichgewicht betraf. Das Ende der gemeinsamen Garantie konnte nämlich einer der Nachbarmächte exklusiven Einfluß in Rumänien ermöglichen. Dabei spielte der in den Jahren der Orientalischen Krise immer wieder aufkommende britisch-russische Gegensatz eine Rolle. Man zeigte sich aber britischerseits zuweilen zur Unterstützung rumänischer Unabhängigkeitspolitik geneigt, wenn damit diese außenpolitischen Grundsätze gefördert werden konnten. Großbritannien war durch den wachsenden Austausch von Fertigwaren gegen rumänische Agrarprodukte und einen hohen Anteil an der Schifffahrt auf der unteren Donau in Rumänien wirtschaftlich engagiert.

Ähnlich wie der britischen lag auch der französischen Regierung an der Erhaltung des status quo, doch betonte sie mehr die Wahrung des Friedens im Orient. Wenn kriegerische Verwicklungen die übrigen Großmächte im Osten banden, fürchtete man in Paris um die eigene Sicherheit vor Deutschland<sup>3)</sup>. Radikale Lösungen der Orientalischen Frage wollte man wenigstens aufgeschoben wissen, bis Frankreich die auf die Niederlage von 1870/71 folgende innere Instabilität und außenpolitische Schwäche überwunden hätte und wieder stark genug sei, dabei seinen Interessen Gehör zu verschaffen<sup>4)</sup>. Die gemeinsame Garantie sollte auch im Interesse Frankreichs die Dominanz einer Macht in Bukarest verhindern. Dabei

---

<sup>2)</sup> Zur europäischen Politik 1875—1878: William L. Langer, *European Alliances and Alignments 1871—1890*. New York 1931; B. H. Sumner, *Russia and the Balkans*. Oxford 1937.

<sup>3)</sup> British Library. London. *Layard-Nachlaß*. Additional Manuscripts 39013 *Lyons* (britischer Botschafter in Paris) an *Layard* (britischer Botschafter in Konstantinopel) 6. 7. 1877.

<sup>4)</sup> *Ibidem*, *Lyons* an *Layard* 13. 7. 1877.

schielte der französische Vertreter stets mißtrauisch nach seinem deutschen Kollegen. Auch mit Rücksicht auf finanzielle Interessen riet der französische Generalkonsul immer zu einer friedlichen passiven Außenpolitik. Hohe Militärausgaben drohten die Zahlungsfähigkeit des Schuldners zu gefährden.

Alles zusammen führte dazu, daß gerade die Vertreter Großbritanniens und Frankreichs den Bestrebungen in Rumänien, sich der letzten Fesseln der Pariser Verträge zu entledigen, reserviert und meist ablehnend gegenüberstanden.

## I

Zu Anfang des Jahres 1875 hatten *Jules-Alexis Des Michels* und *Hussey Crespiigny Vivian*, die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Großbritanniens in Bukarest, allen Grund zur Besorgnis. Sie schätzten zwar das konservative Kabinett, das als erstes in der kurzen Geschichte des rumänischen Konstitutionalismus im Frühjahr das Ende einer Legislaturperiode erlebte, und vor allem den Ministerpräsidenten *Lascăr Catargi* als Faktor der Stabilität. Einen Wechsel des Regierungschefs oder gar eine Ablösung durch die Opposition fürchteten sie als Risiko für die bisherigen Fortschritte der inneren Konsolidierung und für den oft berufenen Frieden im Orient<sup>5</sup>). Zu ihrer Beunruhigung aber äußerte sich in Rumänien die Unzufriedenheit mit dem international garantierten Vasallenstatus immer lauter.

Verhandlungen mit Österreich-Ungarn um ein Handelsabkommen standen kurz vor dem Abschluß. Das berührte die Zollhoheit und das Recht, internationale Verträge abzuschließen. Nach der bisher gültigen Auffassung stand das für Rumänien dem Sultan als Suzerän zu. Der von *Vivian* und *Des Michels* begünstigte Vorschlag, das Abkommen vor der Unterzeichnung durch einen Firman des Sultans sanktionieren zu lassen, rief in Presse und Parlament einen Sturm der Entrüstung hervor. Die Regierung drohte, lieber zurückzutreten als ein solches Verfahren zu akzeptieren<sup>6</sup>), und Fürst *Karl* bestand *Vivian* gegenüber mit großem Engagement auf dem Recht, Handelsabkommen abzuschließen, als Bestandteil der Autonomie des Landes<sup>7</sup>).

Die rumänische Regierung konnte in diesem Fall ebenso ihren Standpunkt behaupten, wie in anderen Auseinandersetzungen, bei denen man sich bemühte, den Spielraum der Selbständigkeit auszudehnen: Als die städtischen Steuern in Bukarest über die in Abmachungen mit den Vertretern der Garantiemächte festgesetzte

---

<sup>5</sup>) Public Record Office. London. Foreign Office 78 Turkey Vol. 2398 *Vivian an Derby* (Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten) Nr. 3, 19. 1. 1875, Nr. 6, 26. 1. 1875, Nr. 8, 6. 2. 1875; Ministère des Affaires étrangères. Paris. Archives diplomatiques. C. P. C. Turquie. Bucarest. Vol. 39. *Des Michels an Duc Decazes* (Außenminister) Nr. 13, 20. 1. 1875, Nr. 27, 4. 5. 1875. Jules A. Des Michels, *Souvenirs de carrière*. 1855—1886. Paris 1901, war mir nicht zugänglich.

<sup>6</sup>) *Independența României*. Documente. București 1977, Vol. II, Teil 1, S. 89—91. *Vivian an Derby* Nr. 65, 17. 12. 1874.

<sup>7</sup>) FO 78/2398 *Vivian an Derby* Nr. 2, 18. 1. 1875.

Grenze hinaus erhöht wurden, wies der Außenminister *Vasile Boerescu* deren kollektiven Protest als Einmischung in die inneren Angelegenheiten zurück<sup>8)</sup>. Nicht besser ging es *Vivian* und *Des Michels* als sie wegen einer widerrechtlichen Durchsuchung bei der mit englischem und französischem Kapital gegründeten „Bank von Rumänien“ vorstellig wurden<sup>9)</sup>. Konflikte nach diesem Muster häuften sich in der folgenden Zeit, und die beiden Generalkonsuln neigten allmählich dazu, sich mit Protesten zurückzuhalten, um der Regierung nicht die Möglichkeit zu geben, mit um so größerer Wirkung in der Öffentlichkeit ihren Standpunkt zu behaupten<sup>10)</sup>.

*Vivian* und *Des Michels* schrieben diese Politik vor allem dem ehrgeizigen, nach Beifall von Presse und Parlament haschenden Außenminister *Boerescu* zu. Sie sahen ihn darin nachhaltig vom Fürsten unterstützt, dem es schwer fiel, sich mit seinem Vasallenverhältnis zum Sultan abzufinden, und der eine beunruhigende militärische Rüstung vorantrieb<sup>11)</sup>. Der Regierungschef *Catargi* selbst hatte öfter versichert, wenn man ihm morgen die Unabhängigkeit aber ohne die Garantie der Mächte anböte, würde er ohne Zögern ablehnen<sup>12)</sup>. Nicht zu Unrecht schlossen die beiden Generalkonsuln daraus, daß er die Unabhängigkeitspolitik nur eben so weit treiben würde, wie es ohne den Verlust der Garantie gerade noch möglich wäre. Sie klagten, diese Richtung der rumänischen Außenpolitik werde dadurch gefördert, daß die Vertreter der Mächte nicht mit einer Stimme aufträten. Ihre eigenen isolierten Vorstellungen seien zwecklos, wenn ihre Kollegen aus Österreich-Ungarn, Deutschland und Rußland die rumänische Regierung ermutigten<sup>13)</sup>. *Vivian* schätzte, wenn Rumänien weiter solche Fortschritte im Streben nach Unabhängigkeit machte wie bisher, würde das Band, das es noch an die Pforte binde, bald so schwach, daß es sich ganz auflöste<sup>14)</sup>.

Unterdessen machten sich die ersten Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auch in Rumänien bemerkbar. Im Januar 1875 berichteten die diplomatischen Vertreter mit großem Bedauern den Rücktritt des Finanzministers *Petru Mavrogheni*, der im Wiener *Oppenheim*-Prozeß der Bestechung beschuldigt worden war. Damit verlor nach ihrer Meinung das Kabinett einen unersetzlichen Finanzfachmann und zugleich einen gegen außenpolitische Abenteuer mäßigend wirkenden Einfluß<sup>15)</sup>. Obwohl bald darauf rehabilitiert, trat er nicht wieder in die Regierung ein. Nach Meinung der Generalkonsuln war es auch dem Verlust seines Sachverständes zuzuschreiben, wenn in der Folgezeit die Finanzprobleme der Regierung völlig aus der Hand glitten. Im Frühjahr 1875 gelang es noch einmal,

<sup>8)</sup> MAE 39 *Des Michels* an *Decazes* Nr. 17, 8. 2. 1875, Nr. 20, 24. 2. 1875, Nr. 22, 22. 3. 1875.

<sup>9)</sup> MAE 39 *Des Michels* an *Decazes* Nr. 15, 3. 2. 1875.

<sup>10)</sup> MAE 39 *Des Michels* an *Decazes* Nr. 22, 22. 3. 1875.

<sup>11)</sup> MAE 39 *Des Michels* an *Decazes* Nr. 30, 24. 6. 1875.

<sup>12)</sup> FO 78/2398 *Vivian* an *Derby* Nr. 2, 18. 1. 1875.

<sup>13)</sup> *Independența* II, 1, S. 93—98, *Des Michels* an *Decazes* Nr. 11, 16. 1. 1875.

<sup>14)</sup> FO 78/2398 *Vivian* an *Derby* Nr. 2, 18. 1. 1875.

<sup>15)</sup> FO 78/2398 *Vivian* an *Derby* Nr. 3, 19. 1. 1875; MAE 39 *Des Michels* an *Decazes* Nr. 13, 20. 1. 1875.

mit französischen Bankhäusern einen Kredit in Höhe von 29 Mill. francs zu relativ günstigen Bedingungen auszuhandeln. Doch das Projekt scheiterte; die französische Regierung weigerte sich, die Anleihen auf der Pariser Börse handeln zu lassen, solange Forderungen französischer Staatsangehöriger in über 3 Mill. francs Höhe nicht honoriert wurden<sup>16</sup>). Von jetzt an schlugen unter dem Einfluß der internationalen Finanzkrise, des türkischen Staatsbankrotts und der Orientalischen Krise die Versuche fehl, zu einigermaßen tragbaren Bedingungen im Ausland Kapital aufzunehmen.

Im Juli 1875, als die neue Orientkrise im Entstehen war, sich aber noch nicht auf die rumänischen Verhältnisse ausgewirkt hatte, gab *Des Michels* ein Resumée der Veränderungen, welche das mit dem Exodus von Politik und Gesellschaft auf die Güter zu Ende gehende Parlamentsjahr gebracht hatte. An erster Stelle stand für ihn das Verlangen nach absoluter Unabhängigkeit. Noch vor wenigen Monaten seien diese Tendenzen allenfalls beim Fürsten und seiner Umgebung sichtbar gewesen, man durfte aber glauben, daß sie von der Mehrheit der Nation nicht geteilt wurden.

„Heute müßte man wirklich die Augen schließen, um den Strom nicht zu sehen, der die öffentliche Meinung mitreißt. Man findet kaum einige alte Rumänen, die es wagen, ohne Zeugen ihre Beunruhigung über den Weg, den man einschlägt, zuzugeben. Alle Klassen, die lesen, reden und diskutieren, haben heute Ideen angenommen, die [zuvor] kaum einige Anhänger zählten.“

Interessant ist, wie hier der häufig und meistens undifferenziert gebrauchte Begriff „öffentliche Meinung“ eingegrenzt wird. — Das gerade ratifizierte Handelsabkommen mit Österreich-Ungarn wertete *Des Michels* als wichtiges Ergebnis der Unabhängigkeitspolitik und als Ansporn, in dieser Richtung weiterzugehen. Hatten doch Kaiser *Franz Joseph* und Fürst *Karl* als gleichberechtigte Partner einen Vertrag abgeschlossen, der überdies schon die offizielle diplomatische Anerkennung des rumänischen Vertreters in Wien zu implizieren schien. Nach Meinung des Beobachters lenkten aber diese Träume von der Unabhängigkeit nur ab von der rauhen Wirklichkeit wirtschaftlicher und innenpolitischer Probleme: Überhöhte Ausgaben für die Armee und die Kosten des Bahnbaus überforderten den Staatshaushalt. Mehrere schlechte Ernten nacheinander hätten die rumänischen Bauern in solche Not gebracht, daß sie trotz ihrer bekannten Gutmütigkeit kurz vor dem offenen Aufruhr stünden. Durch diese Situation würden Steuerrückstände verursacht, die sich wieder verhängnisvoll auf die Staatsfinanzen auswirkten. Nach dem überhohen fabrizierten Wahlsieg der Regierungspartei drohe eine Regierungskrise, die auch den Thron des Fürsten gefährden könne. Alles in allem sah er für den Wiederbeginn der politischen Saison im Herbst tiefgreifende Erschütterungen voraus<sup>17</sup>).

<sup>16</sup>) MAE 39 Telegramm *Cantacuzène* (rumänischer Finanzminister) an *Strat* (rumänischer Agent in Paris) 26. 3. 1875; Tel. *Decazes* an *Des Michels* 16. 4. 1875, Tel. *Decazes* an *Des Michels* 8. 5. 1875; Tel. *Des Michels* an *Decazes* 10. 5. 1875, Tel. *Des Michels* an *Decazes* 10. 5. 1875, Tel. *Des Michels* an *Decazes* 15. 5. 1875.

<sup>17</sup>) MAE 39 *Des Michels* an *Decazes* Nr. 33, 12. 7. 1875.

## II

Weil die Tendenz zu einer aktiven Unabhängigkeitspolitik so deutlich geworden war, beobachteten die Vertreter Englands und Frankreichs nach dem Ausbruch der Orientalischen Krise das Verhalten der Regierung in Bukarest mit besonderem Mißtrauen. Auf besorgte Fragen antwortete der Ministerpräsident *Lascăr Catargi* selbstbewußt: „Wir sind der Ansicht, daß die Orientalische Frage auf der anderen Seite der Donau beginnt.“<sup>18)</sup> Das war nicht so sehr ein Neutralitätsversprechen als eine Betonung der Eigenständigkeit; nicht zuletzt auch eine Distanzierung vom türkischen Staatsbankrott, der verbunden mit der politischen Krise den Kredit Rumäniens auf den europäischen Kapitalmärkten beeinträchtigte.

*Vivian* und *Des Michels* verfolgten offen mißbilligend Ansätze militärischer Demonstrationen gegen die Türkei, die mit den alljährlichen Herbstmanövern verbunden wurden<sup>19)</sup>, die vom Fürsten unterstützten Bemühungen des Kriegsministers *Ion E. Florescu*, von den Kammern die Bewilligung von Rüstungskrediten zu erlangen<sup>20)</sup>, und andere Anzeichen einer, wie sie es nannten, abenteuerlichen Politik. Beide berichteten an ihre Außenminister, die Regierung und vor allem der Fürst erwarteten für das Frühjahr 1876 einen allgemeinen Aufstand der christlichen Balkanvölker und den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches. Fürst *Karl* wolle diese Gelegenheit zur Erklärung der Unabhängigkeit ausnützen und betreibe deshalb die in der Finanzkrise doppelt sinnlosen Rüstungsausgaben<sup>21)</sup>. *Des Michels* glaubte zu erkennen, daß diese Pläne aus St. Petersburg und einige Wochen später aus Berlin gefördert würden<sup>22)</sup>.

Einen Höhepunkt erreichte diese Politik im Februar 1876. In einer Zirkulardespesche an ihre Vertreter bei den Großmächten<sup>23)</sup> schlug die Regierung vor, Rumänien nach belgischem Muster einen unabhängigen neutralen Status unter internationaler Garantie zu geben. In London und Paris sah man darin eine Ankündigung, daß Rumänien in den orientalischen Verwicklungen eine aktive Rolle spielen möchte. Daraufhin ließ der französische Außenminister *Duc Decazes* der rumänischen Regierung den Rat geben, sich lieber der Steuerung der eigenen Wirtschafts- und Finanzkrise zu widmen, als sich in die große Politik zu mischen<sup>24)</sup>.

<sup>18)</sup> FO 78/2398 *Vivian* an *Derby* Nr. 52, 17. 9. 1875.

<sup>19)</sup> FO 78/2398 *Vivian* an *Derby* Nr. 51, 14. 9. 1875, Nr. 52, 17. 9. 1875; MAE 39 *Castaing* an *Decazes* (Tel.) 11. 9. 1875.

<sup>20)</sup> MAE 39 *Des Michels* an *Decazes* Nr. 11, 17. 1. 1876, Nr. 12, 1. 2. 1876; FO 78/2483 *St. John* an *Derby* Nr. 7, 7. 2. 1876, Nr. 8, 9. 2. 1876.

<sup>21)</sup> FO 78/2398 *Vivian* an *Derby* Nr. 50, 26. 8. 1875; *St. John* an *Elliot* (Botschafter in Konstantinopel) Nr. 35, 15. 11. 1875; *Independența*, II, 1, S. 109—110. *St. John* an *Derby* Nr. 66, 20. 12. 1875; MAE 39 *Des Michels* an *Decazes* Nr. 5, 13. 12. 1875.

<sup>22)</sup> MAE 39 *Des Michels* an *Decazes* Nr. 5, 13. 12. 1875, Nr. 7, 24. 12. 1875, Nr. 11, 17. 1. 1876.

<sup>23)</sup> N. Iorga (Hrsg.), *Correspondance diplomatique roumaine sous le roi Charles 1<sup>er</sup>*. (1866—1880). Paris 1923. Nr. 249, S. 104—106. 16. 2. 1876. (Auszug).

<sup>24)</sup> MAE 39 *Decazes* an *Des Michels* 7. 3. 1876.

Vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in London, *Lord Derby*, folgte die Drohung, daß Großbritannien auf eine einseitige Unabhängigkeitserklärung mit der Aufkündigung der Garantie reagieren würde. Diese Demarche war nicht nur von *Vivian* selbst angeregt worden, er hatte sogar während seines Heimaturlaubs das Telegramm entworfen<sup>25</sup>). Schon nach den ersten Widerständen aus dem Ausland war diese Initiative, die angeblich vom Fürsten selbst ausgegangen war, aufgegeben worden.

Fast zur selben Zeit, Ende Februar 1876, löste der neue Finanzminister *Ion Strat* eine Regierungskrise aus, indem er der Abgeordnetenkammer unfrisierte Zahlen über das Budget für 1876 vorlegte<sup>26</sup>). Sein Vorgänger hatte, wie üblich, bei Beginn der Sitzungsperiode mit Hilfe überzogener Einnahmeschätzungen den Anschein eines ausgeglichenen Haushalts erweckt. Diesen Kunstgriff wandte man Jahr für Jahr an, um die Kreditfähigkeit im Ausland zu erhalten. Die Flucht des Finanzministers in die Öffentlichkeit gegen die Spielregeln erschwerte es dem vom Fürsten unterstützten Kriegsminister, die für eine Einmischung in die internationale Krise notwendigen Rüstungskredite vom Parlament bewilligt zu bekommen. Die naheliegende Frage, ob dies nicht die Absicht des Finanzministers war, oder ob ein komplizierterer Zusammenhang zwischen außenpolitischer Aktivität und Finanzkrise bestand, läßt sich anhand der diplomatischen Berichte nicht schlüssig beantworten. Einen Zusammenhang stellten die beiden Generalkonsuln her. Seit Ausbruch der Orientkrise beruhigten sie immer wieder sich und ihre Regierungen damit, daß man in Bukarest schon durch die Finanzmisere an einer kostspieligen aktiven Außenpolitik gehindert würde<sup>27</sup>).

### III

Inzwischen lag das konservative Kabinett *Catargis* in den letzten Zügen. Die nachdrängenden Liberalen bekämpften es mit einem vor allem auf innenpolitische Probleme ausgerichteten Programm. Auf eine ehrgeizige Außenpolitik sollte verzichtet werden, umfangreiche Sparmaßnahmen auch die Armee nicht verschonen. Obwohl sie selbst diese Prinzipien der Regierung gegenüber vertraten, äußerten sich die beiden Generalkonsuln skeptisch gegenüber der Opposition. *Vivian* erwartete, daß sie schließlich, um an die Macht zu kommen und an der Macht zu bleiben, den militärischen und außenpolitischen Ambitionen des Fürsten nachgeben würde<sup>28</sup>).

---

<sup>25</sup>) FO 78/2482 *Derby* an *Vivian* 23. 2. 1876; Aktennotizen.

<sup>26</sup>) FO 78/2483 *St. John* an *Derby* Nr. 15, 26. 2. 1876; MAE 39 *Des Michels* an *Decazes* Nr. 18, 16. 3. 1876.

<sup>27</sup>) MAE 39 *Des Michels* an *Decazes* Nr. 1, 10. 11. 1875, Nr. 14, 7. 2. 1876, Nr. 15, 15. 2. 1876; *Independența* II, 1, S. 121—122. *Vivian* an *Derby* Nr. 16, 6. 3. 1876.

<sup>28</sup>) MAE 39 *Des Michels* an *Decazes* Nr. 22, 3. 4. 1876; FO 78/2483 *Vivian* an *Derby* Nr. 26, 20. 3. 1876.

Die neue, von Liberalen dominierte Regierung, die dann nach einer kurzen Übergangszeit im Mai 1876 antrat, ließ es nicht an Beteuerungen der Neutralität fehlen. Die englischen und französischen Vertreter sahen sich jedoch in ihren Befürchtungen bestätigt, als der neue Außenminister *Mihail Kogălniceanu* in einem Memorandum einen Katalog von Forderungen an die Pforte zusammenstellte, die er Ende Juni bei den Mächten und Anfang Juli in Konstantinopel vortragen ließ. Die Annahme hätte einen erheblichen Fortschritt im Streben nach Souveränität bedeutet<sup>29)</sup>. Der Außenminister hatte dazu mit Bedacht den Zeitpunkt der Spannungen und inneren Auseinandersetzungen im Osmanischen Reich gewählt, der dem Ausbruch des serbisch-türkischen Krieges unmittelbar voranging. Er scheiterte an der Ablehnung durch die Garantiemächte.

Die Regierung distanzierte sich von dem Vorstoß, und *Kogălniceanu* mußte bei der Neubildung des Kabinetts Anfang August sein Portefeuille an den stärker auf eine neutrale Außenpolitik festgelegten *Nicolae Ionescu* abtreten. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die vertraulichen Eröffnungen, die der liberale Finanzminister *Ion Brătianu* zwei Tage vor seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten dem neuen französischen Generalkonsul *Frédéric Debains* machte:

*Kogălniceanus* Memorandum sei in Umlauf gebracht worden, „um die öffentliche Meinung abzulenken, die von der Tag für Tag beklagenswerteren finanziellen Lage und von dem Verlust des Kredits bei den Bankhäusern des Westens präokkupiert wird.“<sup>30)</sup>

Dieses Geständnis von seltener Offenheit widersprach der häufig vorgebrachten Erwartung, die Finanzkrise halte die rumänische Regierung von außenpolitischen Abenteuern ab.

Im Krieg Serbiens und Montenegros gegen das Osmanische Reich propagierte die rumänische Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden diplomatischen Mitteln ihre Neutralität. Sie versäumte keine Gelegenheit, die Vertreter Großbritanniens und Frankreichs darauf hinzuweisen, welche Schwierigkeiten ihr und welche Vorteile der Türkei aus dieser Haltung erwachsen. Kurz, sie machte auch aus der Abstinenz ein Mittel, das sie ihrem außenpolitischen Ziel näher bringen sollte. Unwiderrspochen erläuterte der Außenminister dem neuen britischen Generalkonsul Oberst *Mansfield* bei dessen Antrittsbesuch, daß offiziell erklärte Neutralität in einem Krieg des Suzerän schon beinahe der Akt eines unabhängigen Staates sei. Mit der Theorie, daß Rumänien einen integrierenden Bestandteil des Osmanischen Reiches bilde, sei sie jedenfalls nicht in Einklang zu bringen<sup>31)</sup>. Diese Interpretation schien auch im Auswärtigen Amt in London keinen Anstoß zu erregen,

---

<sup>29)</sup> Mihail Kogălniceanu, Documente diplomatice. Bucureşti 1972, Nr. 33, S. 103—105. *Kogălniceanu* an N. *Callimachi-Catargi* (Agent in Paris) 28. 6. 1876 (Zirkulartelegamm); Nr. 34, S. 106—113 Memorandum; Nr. 46, S. 120—123 *Kogălniceanu* an *Savfet Pascha* (Außenminister der Pforte) 7. 7. 1876.

<sup>30)</sup> MAE 40 Tel. *Debains* an *Decazes* 3. 8. 1876. *Brătianu* versuchte, damit die Bedeutung von *Kogălniceanus* Demarche herunterzuspielen.

<sup>31)</sup> Independența II, 1, S. 167—168, *Mansfield* an *Derby* Nr. 1, 29. 8. 1876.

oder mindestens nicht aufzufallen. Angeregt durch *Mansfields* Bericht, versicherte Staatssekretär *Derby* der rumänischen Regierung seine Zufriedenheit mit ihrer „klugen und friedfertigen Haltung“<sup>32)</sup>.

Nach den übereinstimmenden Informationen der englischen und französischen Vertretungen in Rumänien wurde die Neutralitätspolitik von der ausgesprochen friedfertigen Stimmung der Öffentlichkeit getragen. Allerdings sind die recht häufigen Hinweise auf die öffentliche Meinung in den Berichten gewöhnlich undifferenziert, manchmal widersprüchlich und nur mit Vorsicht verwertbar. In diesem Zusammenhang verweisen Präzisierungen, die über allgemeine Ausdrücke wie „das Volk“ hinausgehen, auf die beiden Kammern<sup>33)</sup>, auf das Offizierskorps<sup>34)</sup> und auf die Gutsbesitzer<sup>35)</sup>.

Die Aufrechterhaltung der strikten Neutralität wurde zusehends schwieriger. Die rumänische Regierung weigerte sich zwar, Munition und Kriegsmaterial nach Serbien durchzulassen, konnte aber nicht verhindern, daß einige Tausend russischer Freiwilliger als zivile „Touristen“ mit ordentlichen Papieren durch Rumänien zum Kriegsschauplatz fuhren. Dem zwischen den Wünschen der Pforte und russischen Einsprüchen lavierenden Außenminister gelang es, mit lamentablen Vorstellungen *Mansfield*, der als Neuling in Bukarest zunächst noch leicht zu beeinflussen war, zu guten Ratschlägen zu bewegen, mit denen er *de facto* für einzelne Maßnahmen der Regierung die Verantwortung übernahm<sup>36)</sup>. Mit dem Fortgang des Krieges verwies der Außenminister immer dringender auf das durch die Neutralität verschlechterte Verhältnis zu Rußland und Serbien und suchte zum Ausgleich um die besondere Unterstützung Großbritanniens nach<sup>37)</sup>. Im Hintergrund stand wieder der Wunsch nach internationaler Garantie der Neutralität und Unabhängigkeit nach dem Muster Belgiens. Gerüchte über eine bevorstehende Besetzung Bulgariens durch Rußland, die anlässlich der Mission des russischen Generals *Sumarokov-El'ston* nach Wien aufkamen, führten Anfang Oktober zu noch größerer Aufregung in Bukarest. Die rumänische Regierung verlangte für den Fall eines russischen Durchmarschs die sofortige Regelung ihrer Lage durch die Garantiemächte<sup>38)</sup>. *Debains* und *Mansfield* mißbilligten diese Unruhe, die wieder durch Konzentrationen rumänischer Truppen verstärkt wurde, als Drang der Regierung irgend etwas zu tun, die Aufmerksamkeit Europas auf sich zu ziehen. Sie fürchteten, daß trotz seiner militärischen und finanziellen Schwäche Rumänien eine Lösung der internationalen Krise erschweren könne<sup>39)</sup>.

<sup>32)</sup> FO 78/2484 *Mansfield* an *Derby* Nr. 1, 29. 8. 1876, Aktennotiz *Derbys* vom 8. 9. 1876; FO 78/2482 *Derby* an *Mansfield* Tel. 13. 9. 1876.

<sup>33)</sup> MAE 40 Tel. *Debains* an *Decazes* 3. 8. 1876.

<sup>34)</sup> MAE 40 *Debains* an *Decazes* Nr. 58, 2. 8. 1876.

<sup>35)</sup> FO 78/2484 *St. John* an *Derby* Nr. 85, 2. 8. 1876.

<sup>36)</sup> FO 78/2484 *Mansfield* an *Derby* Nr. 8, 17. 9. 1876, Nr. 9, 20. 9. 1876.

<sup>37)</sup> FO 78/2484 *Mansfield* an *Derby* Nr. 7, 14. 9. 1876.

<sup>38)</sup> FO 78/2484 Tel. *Mansfield* an *Derby* 4. 10. 1876, Nr. 18, 5. 10. 1876.

<sup>39)</sup> FO 78/2484 *Mansfield* an *Derby* Nr. 21, 13. 10. 1876; *Independența* II, 1, S. 203—204. *Mansfield* an *Derby* Nr. 24, 23. 10. 1876; MAE 40 *Debains* an *Decazes* Nr. 69, 13. 10. 1876, Nr. 75, 23. 10. 1876.

Das von den Berichten zu dieser Zeit entworfene Bild allgemeiner Panik wird etwas modifiziert durch die Beobachtung *Debains*, daß die rumänischen, vor allem moldauischen, Grundbesitzer und alle am Handel interessierten bereits die Gewinne aus dem Verkauf von Getreide und von anderen Versorgungsgütern an die russischen Truppen errechneten<sup>40</sup>). Auch *Mansfield* erwartete, daß man in Rumänien schließlich den russischen Einmarsch wegen der Aussicht auf Absatz der derzeit schwer verkäuflichen landwirtschaftlichen Produkte mit einiger Befriedigung sehen werde<sup>41</sup>).

#### IV

Während sich die rumänische Regierung mit viel diplomatischem Aufwand weiter bei den Garantiemächten, vor allem Großbritannien und Frankreich, um bindende Äußerungen über Neutralität und Unversehrtheit Rumäniens im Falle eines russischen Durchmarsches nach Bulgarien bemühte, hatte sie in aller Stille auf einem anderen Gleis die entgegengesetzte Politik vorbereitet. Die Reise einer rumänischen Delegation zum russischen Kaiser nach Livadia auf der Krim, an der u. a. der Ministerpräsident *Brătianu* und der Kriegsminister, aber nicht der auf Neutralitätspolitik festgelegte Außenminister teilnahmen, wurde als Höflichkeitsbesuch ausgegeben. Anschließend handelte *Brătianu* mit *Aleksandr I. Nelidov*, von der russischen Botschaft in Konstantinopel, ein Abkommen über den Durchzug russischer Truppen durch Rumänien aus<sup>42</sup>). Es gelang ihm, den mißtrauischen westlichen Vertretern gegenüber auf lange Zeit die Fiktion eines, wenn auch mit politischem Meinungs-austausch verbundenen, Höflichkeitsbesuches in Livadia aufrechtzuerhalten<sup>43</sup>). Die Verhandlungen mit *Nelidov* blieben sogar dem Außenminister *Ionescu* verborgen. *Mansfield* und *Debains* stellten nur ein wachsendes Übergewicht der „russischen Strömung“ innerhalb der Regierung fest<sup>44</sup>).

Für die Mächte war es sinnlos, über die bestehenden Verträge hinaus eine Garantie der Neutralität und Unversehrtheit Rumäniens auszusprechen, solange keine Bereitschaft bestand, mit militärischen Mitteln einen russischen Angriff auf das Osmanische Reich abzuwehren. So brachte die Botschafterkonferenz in Konstantinopel um die Jahreswende 1876 auf 1877 wieder nicht die von der rumänischen Regierung erhoffte Anerkennung als „Belgien an der unteren Donau“. Als dann auch noch in der neu verkündeten Verfassung des Osmanischen Reiches die Donaufürstentümer als privilegierte Provinzen apostrophiert wurden und da-

<sup>40</sup>) MAE 40 *Debains* an *Decazes* Nr. 73, 21. 10. 1876.

<sup>41</sup>) FO 78/2484 *Mansfield* an *Derby* Nr. 29, 1. 11. 1876.

<sup>42</sup>) B. Jelavich, *Russia and the Reacquisition ...*, S. 207—211; M. M. Zalyškin, S. 127—154.

<sup>43</sup>) *Independența* II, 1, S. 194—196, *Mansfield* an *Derby* Nr. 23, 19. 10. 1876, und S. 229—230, *Mansfield* an *Derby* Nr. 46, 12. 12. 1876; MAE 40 *Debains* an *Decazes* Nr. 74, 23. 10. 1876.

<sup>44</sup>) *Independența* II, 1, S. 224—225, *Mansfield* an *Derby* Nr. 40, 6. 12. 1876; FO 78/2484 *Mansfield* an *Derby* Nr. 45, 11. 12. 1876; *Independența* II, 1, S. 230—231, *Mansfield* an *Derby* Nr. 50, 16. 12. 1876; MAE 40 *Debains* an *Decazes* Nr. 99, 8. 12. 1876.

durch die rumänisch-türkischen Beziehungen auf einen Tiefpunkt sanken, wurde das vorbereitete Abkommen mit Rußland wieder aktuell. Die Unterzeichnung war immer wieder verschoben worden, wenn die Neutralitätspolitik Erfolg zu versprechen schien oder Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang der Orientkrise bestand. Beide außenpolitischen Linien hatten, wie auch die diplomatischen Vertreter in Bukarest bemerkten, innerhalb der herrschenden politischen Gruppierung ihre speziellen Protagonisten, die sich auch entsprechend der jeweiligen Konjunktur im Kabinett ablösten. Man hielt sich so lange Zeit zwei Wege offen, die beide den Besitzstand der Autonomie erhalten und Fortschritte zur Erlangung der Unabhängigkeit bringen sollten.

Unterdessen tadelten die beiden Generalkonsuln ständig die Geschäftigkeit und die Überreaktionen der rumänischen Außenpolitik. Immer wieder rieten sie der Regierung, sich auf die in den bestehenden Verträgen enthaltenen Garantien zu stützen. Auch im Falle eines russischen Einmarsches würden sie ihre Gültigkeit behalten. Was man am wenigsten wollte, war eine eigenständige Politik, vor allem nicht die von beiden mißbilligte Anlehnung an Rußland. Fortgesetzt bemühten sich die Vertreter Englands und Frankreichs, Ausgaben für Rüstungsanstrengungen und Mobilisierungen zu entmutigen, die im Land selbst wegen der katastrophalen Finanzlage immer wieder kritisiert, vorübergehend aufgegeben und dann doch wieder betrieben wurden. Einerseits brachten die rumänischen Rüstungen zusätzliche Unruhe in das Krisengebiet, andererseits bedrohte die Insolvenz des Staates die Interessen englischer und französischer Gläubiger. *Debains* gab dem Fürsten und *Brătianu* bereitwillig ausführliche Ratschläge, wie Rumänien das Vertrauen der internationalen Finanzwelt durch eine passive Außenpolitik wiedergewinnen könnte<sup>45</sup>).

Für die rumänische Regierung war die Notwendigkeit, schnell Auslandskredite zu erträglichen Bedingungen abzuschließen, inzwischen immer dringender geworden. Belastungen durch die Rüstung und die Finanzierung der Bahnen hatten während der beiden letzten Jahre die Lage weiter erschwert. Durch die internationale Finanzkrise, den türkischen Staatsbankrott und die politische Krise und nicht zuletzt wegen der immer deutlicher werdenden Zahlungsunfähigkeit des rumänischen Staates waren Auslandskredite nur sehr schwer zu realisieren. Der 1875 einsetzende Sturz der Weizenpreise auf dem Weltmarkt traf das einseitig auf Weizenexport orientierte Agrarland um so schwerer, als er mit mehreren schlechten Ernten zusammenfiel. Die Folge waren große Steuerrückstände, die den Haushalt ins Wanken brachten. Seit Dezember 1876 äußerte *Debains* regelmäßig die Befürchtung, daß der Staatsbankrott unmittelbar bevorstehe<sup>46</sup>). Im Hinblick auf seine zur Kapitalanlage bereiten Landsleute bemühte er sich, seinem Außenministerium ein realistisches Bild von der Finanzlage Rumäniens zu vermitteln, und korrigierte zu optimistische Verlautbarungen der rumänischen Regierung<sup>47</sup>).

<sup>45</sup>) MAE 40 *Debains* an *Decazes* Nr. 104, 23. 12. 1876.

<sup>46</sup>) MAE 40 *Debains* an *Decazes* Nr. 97, 8. 12. 1876; MAE 41 *Debains* an *Decazes* Nr. 21, 13. 3. 1877, Nr. 71, 10. 5. 1877.

<sup>47</sup>) MAE 41 *Debains* an *Decazes* Nr. 10, 18. 1. 1877, Nr. 19, 7. 3. 1877.

Anfang Februar 1877, nach dem Ende einer längeren Kabinettskrise, übernahm *Dimitrie Sturdza* das Finanzministerium. Er war nicht nur gelernter Nationalökonom, sondern auch einer der wichtigsten Gegner einer an Rußland angelehnten Außenpolitik. Der von einer Kommission der Abgeordnetenversammlung ausgearbeitete seriöse Haushaltsentwurf für 1877, den er vorfand, kündigte eine Katastrophe an. Die unkonsolidierte Schuld aus angesammelten Defiziten früherer Haushalte betrug 35,3 Mill. francs. Durch kurzfristig fällige Zahlungen vor allem an Eisenbahnkonzessionäre erhöhte sie sich auf annähernd 100 Mill. francs. Verzweifelte Versuche, dafür ausländische Kredite zu erhalten, waren fehlgeschlagen, und selbst bei einem Erfolg wäre dadurch der Jahresetat um weitere 10—11 Millionen für Schuldendienste belastet worden. Realistische Schätzungen der Staatseinnahmen für 1877 betragen 86,3 Mill. francs und die für Schuldendienste nötigen Ausgaben 44,23 Mill. francs, also über 50% der Einkünfte des Staates. Es war nicht abzusehen, wie der Fiskus die am 1. März fälligen Couponzahlungen für die politisch brisanten Auslandsschulden würde aufbringen können. Man mußte mit dem Staatsbankrott, dem Eingreifen der Mächte zugunsten der Gläubiger und einer internationalen Schuldenverwaltung wie etwa für Tunis und Ägypten rechnen<sup>48)</sup>.

*Sturdza* bemühte sich, dieser Lage mit einem Versuch zu begegnen, durch ein Austerity Programm die Staatsfinanzen zu sanieren. Vor allem die Ausgaben für die Armee sollten reduziert werden. Mit 14,6 Millionen rangierte der Etat des Kriegsministeriums an zweiter Stelle nach den Schuldendiensten. Unmittelbar nach der Übernahme der Geschäfte durch *Sturdza* konnte *Mansfield* schon beifällig berichten, daß die Reserven und die Territorialarmee nach Hause entlassen wurden. Er glaubte aber nicht, daß die vom Finanzminister angestrebte Verringerung des stehenden Heeres durchsetzbar wäre<sup>49)</sup>. Bald darauf aber schrieb er, daß die Reduzierung um mindestens 4000 Mann gelungen war und auf verschiedene von den Kammern bereits gebilligte Kredite für militärische Zwecke verzichtet wurde. Dies habe zwar bei der Höhe des Defizits nur einen minimalen Effekt, sei aber ein Schritt in die richtige Richtung und zeige, daß es *Sturdza* ernst sei<sup>50)</sup>.

Durch die Truppenreduktionen aber war *Sturdzas* Sanierungspolitik eng mit außenpolitischer Neutralität verbunden, einer Linie, die der Fürst und die Mehrheit der Minister nicht unterstützten, und der nun wieder die internationale Konstellation entgegenstand. Als die Mehrheit im Kabinett mit Hilfe der zweiten Kammer eine von ihm eingebrachte, vom Senat schon angenommene Gesetzesvorlage verwässern wollte, mit der die regelmäßig geübte Praxis, im Etat nicht gedeckte außerordentliche Kredite aufzunehmen, unterbunden worden wäre, trat der Finanzminister Anfang März zurück<sup>51)</sup>. Sein Sanierungsprogramm wurde schnell aufgegeben. Unter dem Eindruck seiner rationalen Finanzpolitik hatte

<sup>48)</sup> MAE 41 *Debains* an *Decazes* Nr. 19, Nr. 20, 7. 3. 1877.

<sup>49)</sup> FO 78/2608 *Mansfield* an *Derby* Nr. 25, 9. 2. 1877.

<sup>50)</sup> *Independența* II, 1, S. 280—281, *Mansfield* an *Derby* Nr. 28, 19. 2. 1877.

<sup>51)</sup> FO 78/2608 *Mansfield* an *Derby* Nr. 30, 8. 3. 1877; MAE 41 Tel. *Debains* an *Decazes* 5. 3. 1877, Nr. 19, 7. 3. 1877.

noch die von britischem und französischem Kapital beherrschte „Bank von Rumänien“ Kredite gewährt, die es der Regierung erlaubten, wenigstens die drängendsten Auslandsverpflichtungen noch fristgerecht zu erfüllen<sup>52</sup>). Ironischerweise hatte also *Sturdzas* gescheitertes Programm doch noch zur Abwendung des Staatsbankrotts beigetragen. In den Auseinandersetzungen um die Sanierungspläne hatte sich wieder die enge Verbindung von Finanzkrise und Außenpolitik angedeutet. Aufgrund der von den beiden diplomatischen Vertretern gelieferten Informationen scheint es nicht denkbar, daß zu dieser Zeit ein Ministerium sich hätte an der Macht halten können, wenn es ernsthaft ein Sanierungsprogramm in Angriff genommen hätte.

Während der Einmarsch der russischen Truppen erwartet wurde, wußten *Mansfield* und *Debains*, daß die Zusammenarbeit mit der zarischen Armee beschlossene Sache war. Das am 16. April unterzeichnete Abkommen, mit dem der Durchmarsch geregelt wurde, blieb ihnen allerdings bis zum 28. verborgen<sup>53</sup>). Trotz der konstatierten Unzufriedenheit der rumänischen Regierung mit dem Verhalten der russischen Führung beim Einmarsch erwarteten sie, daß der Fürst und *Brătianu* auf gemeinsame Aktionen mit den russischen Truppen drängen würden<sup>54</sup>). Sehr kritisch vermerkten sie die umfangreichen Aushebungen und militärischen Requisitionen, sowohl wegen ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes als auch wegen der dahinter stehenden aktiven Außenpolitik<sup>55</sup>). *Mansfield* berichtete, die „Meinung des Landes“ sei entschieden gegen eine Politik von Aktion und Abenteuer. Die oberen und mittleren Klassen seien erschreckt, die Bauern unzufrieden, weil sie von der Feldarbeit in die Armee geholt werden<sup>56</sup>). Man hätte eine friedliche Politik bevorzugt und es lieber gesehen, wenn die Frage der Unabhängigkeit nicht vorgebracht worden wäre<sup>57</sup>).

Wie nicht anders zu erwarten, verhielten sich die Vertreter Englands und Frankreichs in Bukarest zur einseitigen Erklärung der Unabhängigkeit Rumäniens reserviert und mißbilligend. Die Umstände des Zustandekommens — ein großer Teil des Landes war von russischen Truppen besetzt — mochten dabei eine wichtige Rolle spielen<sup>58</sup>). Beide stellten die allgemeine Gleichgültigkeit der Bevölkerung dem Ereignis gegenüber fest. Am schärfsten fiel das Urteil von *Debains* aus:

„Die Unabhängigkeitserklärung Rumäniens ist keiner der ernsthaft überlegten Akte, die den Gefühlen einer sich selbst bewußten Nation entsprechen. Sie ging aus einer parlamentarischen Intrige hervor...“.

<sup>52</sup>) Ibidem.

<sup>53</sup>) MAE 41 *Debains* an *Decazes* Nr. 55, 28. 4. 1877; FO 78/2608 Tel. *Mansfield* an *Derby* 29. 4. 1877.

<sup>54</sup>) *Independența* II, 1, S. 350. *Mansfield* an *Derby* Nr. 61, 27. 4. 1877.

<sup>55</sup>) FO 78/2608 *Mansfield* an *Derby* Nr. 70, 2. 5. 1877; MAE 41 *Debains* an *Decazes* Nr. 51, 27. 4. 1877.

<sup>56</sup>) *Independența* II, 1, S. 342—344, *Mansfield* an *Derby* Nr. 58, 26. 4. 1877.

<sup>57</sup>) FO 78/2608 *Mansfield* an *Derby* Nr. 79, 9. 5. 1877.

<sup>58</sup>) FO 78/2608 *Mansfield* an *Derby* Nr. 97, 23. 5. 1877.

Er meinte, die „Radikale Partei“ habe sich nach vielen früheren Auseinandersetzungen mit dem Fürsten durch diesen Akt, der seinen größten Wunsch erfüllte, ausgesöhnt<sup>59</sup>).

V

Mißbilligend und distanziert beobachteten die Vertreter Großbritanniens und Frankreichs das Streben des Fürsten und einiger Mitglieder seiner Regierung nach einer aktiven Beteiligung der rumänischen Armee am beginnenden Krieg. Sie berichteten von dem vergeblichen Bemühen nach einem weitergehenden Bündnis, von der Ablehnung einer offensiven Kriegführung durch *Kogălniceanu*, der seit April wieder Außenminister war, und sein Nachgeben, als Ende Juli die rumänische Armee vom russischen Oberkommando den ersten Auftrag für Operationen südlich der Donau erhielt<sup>60</sup>). *Mansfield* berichtete, daß sich die „öffentliche Meinung“ entschieden gegen einen Donauübergang rumänischer Truppen wende<sup>61</sup>). Beiden gemeinsam war die Verständnislosigkeit über *Brătianus* Entscheidung, offenbar ohne politische Garantien vom russischen Kaiser, auf dessen Hilferuf nach schweren Mißerfolgen hin, das Gros der rumänischen Armee unter dem Oberkommando des Fürsten *Karl* auf den bulgarischen Kriegsschauplatz zu führen. Wieder berichteten sie von der Ablehnung des Donauübergangs durch die öffentliche Meinung<sup>62</sup>). Nach *Mansfields* Beurteilung hätte dieser Krieg der Bevölkerung Rumäniens auf jeden Fall Ruin und Unglück gebracht. Durch die unkluge Politik *Brătianus* sei aber alles noch viel schlimmer geworden<sup>63</sup>).

Kurz vor dem ersten blutigen Rückschlag vor Plevna zeigte *Brătianu* dem französischen Generalkonsul gegenüber große Befriedigung über das russische Hilfeersuchen. Seine Regierung habe die Gelegenheit ergreifen müssen, sich einem Verbündeten nützlich zu erweisen, der sie zuvor mißachtete. Rumänien müsse sich nun im Krieg des Platzes in Europa würdig zeigen, den es mit der Unabhängigkeitserklärung anstrebte. Er gab aber auch zu verstehen, daß sein Land diese Anstrengung nicht lange würde durchhalten können und daß er auf eine schnelle Vermittlungsaktion der Mächte hoffe<sup>64</sup>). Während der Krieg, mit dessen schnellem Ende man in Bukarest anfangs gerechnet hatte, vor Plevna einfror, berichtete *Debains*, von *Brătianu* sei jetzt kein Wort mehr über die Unabhängigkeit Rumäniens zu hören, allein noch von der Sorge, wie Bedingungen zu schaffen seien, die es erlaubten, „diese kleine, tapfere rumänische Armee, die so unklug eingesetzt

---

<sup>59</sup>) MAE 41 *Debains* an *Decazes* Nr. 83, 24. 5. 1877.

<sup>60</sup>) FO 78/2608 *Mansfield* an *Derby* Nr. 98, 24. 5. 1877; MAE 42 *Debains* an *Decazes* Nr. 103, 12. 6. 1877, Nr. 129, 25. 7. 1877.

<sup>61</sup>) FO 78/2609 *Mansfield* an *Derby* Nr. 113, 5. 6. 1877, Nr. 132, 13. 6. 1877, Nr. 141, 19. 6. 1877.

<sup>62</sup>) FO 78/2610 *Mansfield* an *Derby* Nr. 216, 18. 8. 1877; MAE 42 *Debains* an *Decazes* Nr. 148, 10. 9. 1877.

<sup>63</sup>) FO 78/2610 *Mansfield* an *Derby* Nr. 214, 14. 8. 1877.

<sup>64</sup>) MAE 42 *Debains* an *Decazes* Nr. 148, 10. 9. 1877.

worden war“, ehrenwert zurückzuziehen. Auch der Fürst und rumänische Militärs bekannten offen, daß ein Winterfeldzug unmöglich sei und sie das Ende des Krieges durch eine europäische Intervention herbeiwünschten<sup>65</sup>). Wiederholt stellt der französische Generalkonsul die Geduld und Unterwürfigkeit, mit der das einfache Volk einen Angriffskrieg, dessen Ziele es nicht verstand, und dessen Opfer es nicht mehr ertragen konnte, auf sich nahm, der Mutlosigkeit der politisch Verantwortlichen gegenüber. Empört berichtet er, daß einige Politiker — er nennt den Außenminister *Kogălniceanu* — die Gelegenheit benützten, sich ungeniert zu bereichern. Er zeigt aber auch Verständnis für die Sorgen *Brătianus*, der ohne die nach der Verfassung notwendige Zustimmung des Parlaments die Verantwortung für eine offensive Kriegführung auf sich genommen hatte. Nach einem Fehlschlag des kostspieligen Unternehmens könnten die Kammern, obwohl in der Mehrheit aus seinen Anhängern zusammengesetzt, ihm keine Indemnität gewähren. Für den ebenso stark involvierten Fürsten stünde der Thron auf dem Spiel<sup>66</sup>).

Als sich der Erfolg des Feldzugs durch den Fall von Plevna bereits abzeichnete, entlastete die Abgeordnetenversammlung die Regierung. Weil aber auch alle weiteren militärischen Entscheidungen des Fürsten und seiner Minister damit im voraus gebilligt wurden, argwöhnte *Debains*, daß sie sich nun für eine Weiterführung der Kampagne über Plevna hinaus entscheiden könnten. Vor allem der Fürst träume von neuem militärischem Ruhm, sein Ehrgeiz aber stoße sich mit den Wünschen des Volkes. *Debains* fragte sich,

„ob das Land wohl aus seiner Resignation heraustreten werde, um ein Ende oder wenigstens eine Verringerung der Opfer zu fordern, die man ohne Ende von ihm verlangt.“ Wie auch *Mansfield*<sup>67</sup>) räumte er aber bei aller Kritik an dem Unternehmen ein, daß Rumänien, „dessen militärische Tugenden man bestritten hatte, einen Akt der Großzügigkeit vollbrachte“, daß „die Tapferkeit seiner Soldaten über allem Zweifel stehe.“<sup>68</sup>)

Aus den Berichten der beiden Generalkonsuln geht hervor, daß gegen Ende des Jahres die Gefahr des Staatsbankrotts abgewendet war. Bis zum November hatte die russische Regierung 14 Mill. francs überwiesen. Offizieller Zahlungsgrund waren rumänischen Klöstern aus ihrem Grundbesitz in Bessarabien zustehende Einnahmen. — Eine Schuld, die bis dahin nicht anerkannt worden war. Die Einigung mit deutschen Eisenbahnaktionären war damit erleichtert worden. Ihre Forderungen waren besonders brisant, weil sich die deutsche Regierung immer sehr schnell zu ihren Gunsten zu wirtschaftlichen und politischen Sanktionen entschloß. Im Juni hatte die Eisenbahngesellschaft noch gedroht, den Transport rumänischer Truppen im eigenen Land einzustellen<sup>69</sup>). Die fälligen Zahlungen für die wichtigsten Auslandsanleihen konnten durch Abkommen mit der „Bank von

<sup>65</sup>) MAE 42 *Debains* (aus Turnu Magurelli) an *Decazes* Nr. 163, 30. 9. 1877.

<sup>66</sup>) MAE 42 *Debains* an *Decazes* Nr. 177, 23. 10. 1877.

<sup>67</sup>) *Independența* II, 2. S. 176—177, *Mansfield* an *Derby* Nr. 246, 18. 9. 1877.

<sup>68</sup>) MAE 42 *Debains* an *Decazes* Nr. 190, 3. 12. 1877, Nr. 190, (sic!) 10. 12. 1877.

<sup>69</sup>) MAE 42 *Debains* an *Decazes* Nr. 100, 9. 6. 1877.

Rumänien“ gesichert werden. Durch die russischen Truppentransporte waren die Einnahmen der Eisenbahngesellschaft zum ersten Mal so hoch, daß die staatliche Zinsgarantie für deren meist deutsche Aktionäre nicht wirksam zu werden brauchte. Dafür waren im Jahresetat für 1877 Ausgaben von 18,6 Mill. francs eingesetzt gewesen. (Bei 86,3 Mill. geschätzter Einnahmen!) *Debains* berichtete noch, daß vermutlich wegen der umfangreichen Requisitionen für die rumänische Armee Steuern und die Einkünfte aus den Staatsdomänen am 1. Oktober um 10 Mill. francs im Rückstand waren. Wenig später aber wußte *Mansfield*, daß die Steuerrückstände jetzt unerwartet leicht eingingen. Dies war wohl auf eine andere wirtschaftliche Auswirkung des russisch-türkischen Krieges in Rumänien zurückzuführen: Wegen der großen Transportkosten ging die russische Armee dazu über, den Nachschub vorwiegend in Rumänien zu kaufen. Davon profitierten auch die Bauern, vor allem in der Moldau. Wie der britische Vizekonsul in Iaşi mitteilte, verkauften sie bereitwillig große Mengen an Getreide und Heu gegen Silberrubel an die russische Armee<sup>70</sup>). Die Absatzkrise für Getreide auf dem Weltmarkt machte sich so für die rumänischen Produzenten in dem einen Jahr nicht mehr bemerkbar<sup>71</sup>). Die Prophezeiung, daß der Krieg Rumänien nur Ruin bringen würde, hatte sich damit nicht bestätigt.

## VI

Schon seit dem Beginn der Orientkrise befürchteten Regierung und Presse in Rumänien immer wieder, daß die russische Regierung bei erster Gelegenheit die Rückgabe dreier bessarabischer Distrikte verlangen würde, die nach dem Frieden von Paris Rußland an die Moldau hatte zurückgeben müssen. Fürst und Regierung hatten versucht, sich durch einen Artikel im Abkommen über den Durchmarsch russischer Truppen, der die territoriale Integrität Rumäniens garantierte, abzuschern. Man hatte auch gehofft, durch die moralische Verpflichtung Rußlands, vor allem des Kaisers, den Alliierten, der einen wichtigen Beitrag zum Krieg leistete, zu schonen, den Verlust abzuwenden. Ende Januar 1878 aber wurde der rumänischen Regierung unmißverständlich klargemacht, daß Rußland entschlossen sei, Südbessarabien zurückzunehmen und Rumänien mit zuvor türkischem Gebiet auf der rechten Donauseite zu entschädigen<sup>72</sup>).

*Debains* lobte eine von Abgeordnetenkammer und Senat einstimmig angenommene Resolution, mit der die Abtretung des Gebietes verweigert wurde, als würdevollen und angemessenen Protest. Er warnte aber vor zu scharfen diplomatischen und parlamentarischen Reaktionen, die nur um so größere Unnachgiebigkeit seitens der russischen Regierung bewirken müßten. Er fürchtete, daß die

---

<sup>70</sup>) FO 78/2619 E. W. *Bonham* an *Derby* Nr. 1, 2. 10. 1877, Memorandum *Bonhams* vom 11. 10. 1877.

<sup>71</sup>) MAE 42 *Debains* an *Decazes* Nr. 100, 9. 6. 1877, Nr. 184, 14. 11. 1877; FO 78/2610 *Mansfield* an *Derby* Nr. 285, 28. 11. 1877.

<sup>72</sup>) FO 78/2833 *Mansfield* an *Derby* Nr. 1, 1. 1. 1878, Nr. 18, 6. 2. 1878. Vgl. B. Jelavich, *Russia and the Reacquisition...*, S. 220.

Erregung auch das flache Land ergreifen und zu gefährlichen Ausmaßen anwachsen könnte<sup>73</sup>). Die sich während des nächsten Vierteljahres überschlagenden diplomatischen Proteste und leidenschaftlichen antirussischen Ausfälle in Parlament und Presse mißbilligte er als unnütze Komplikationen zum Schaden Rumäniens. Nach seiner Meinung wäre den Interessen des Landes am besten gedient gewesen, wenn man sich nach dem ersten Protest an die Mächte gewandt hätte, um eine günstige Lösung auf dem sich abzeichnenden Kongreß zu erreichen<sup>74</sup>). Er hielt aber auch fest, daß sich Rumänien nicht mehr auf die Garantie seiner Integrität durch die Mächte berufen könne, seit es sich durch die Unabhängigkeitserklärung und den Angriff auf den Suzerän außerhalb der Verträge gestellt hatte<sup>75</sup>). Sowohl *Debains* als auch *Mansfield* beobachteten, daß die rumänische Regierung zunächst nicht abgeneigt gewesen wäre, einem Gebietstausch zuzustimmen, nun aber von der öffentlichen Meinung vorwärts getrieben wurde. Nach den Informationen von *Debains* hatte sich *Kogălniceanu* schon im Juni 1877 mit der Abtretung Bessarabiens im Tausch gegen die Dobrudscha abgefunden und sich, was seine privaten finanziellen Interessen betraf, bereits darauf eingestellt<sup>76</sup>). *Mansfield* fragte sich, ob die Regierung überhaupt noch eine festgelegte Politik in der Bessarabienfrage habe, oder sich nur noch von der öffentlichen Empörung treiben lasse<sup>77</sup>).

Im Vergleich zur französischen Vertretung waren *Mansfield* und sein Nachfolger *William A. White* recht sparsam in der politischen Kommentierung des russisch-rumänischen Konflikts. Um so detaillierter berichteten sie über die militärische Situation in Rumänien, besonders als nach der Ablösung des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt *Derby* durch *Salisbury* zeitweise ein militärischer Zusammenstoß Rußlands und Großbritanniens zu drohen schien. *Salisbury* gab *White* in einem privaten Schreiben ausdrücklich den Auftrag mit auf den Weg, vor allem Informationen über die russische und die rumänische Armee zu liefern. Er fügte hinzu: „Sie werden sicher alles in Ihrer Macht stehende tun, um die tapfere Haltung Rumäniens zu ermutigen.“<sup>78</sup>) *Mansfield* und *White* glaubten jedoch nie so recht, daß sich die Regierung *Brătianu* im Ernstfall wirklich mit den Gegnern Rußlands verbünden würde<sup>79</sup>). Wohl auch aus diesem Grund reagierte der britische Vertreter recht zurückhaltend auf rumänische Wünsche nach Waffenlieferungen<sup>80</sup>), obwohl man sich in London der Bedeutung der rumänischen Armee in

<sup>73</sup>) MAE 43 *Debains* an *Waddington* Nr. 5, 4. 2. 1878, Nr. 6, 6. 2. 1878, Nr. 7, 10. 2. 1878.

<sup>74</sup>) MAE 43 *Debains* an *Waddington* Nr. 23, 12. 4. 1878.

<sup>75</sup>) MAE 43 *Debains* an *Waddington* Nr. 11, 20. 2. 1878.

<sup>76</sup>) MAE 42 *Debains* an *Decazes* Nr. 144, 1. 9. 1877; MAE 43 *Debains* an *Waddington* Nr. 11, 20. 2. 1878.

<sup>77</sup>) MAE 43 *Debains* an *Waddington* Nr. 5, 4. 2. 1878, Nr. 6, 6. 2. 1878, Nr. 11, 20. 2. 1878; FO 78/2833 *Mansfield* an *Derby* Nr. 37, 18. 3. 1878.

<sup>78</sup>) H. Sutherland Edwards, *Sir William White. His Life and Correspondence*. London 1902, S. 134. *Salisbury* an *White* 4. 5. 1878.

<sup>79</sup>) FO 78/2833 *Mansfield* an *Derby* Nr. 31, 6. 3. 1878; *Independența* II, 2, S. 288, *Mansfield* an *Derby* Nr. 42, 2. 4. 1878 und S. 319—320, *White* an *Salisbury* Nr. 93, 13. 5. 1878.

<sup>80</sup>) *Independența* II, 2, S. 318—319, *White* an *Salisbury* Nr. 91, 13. 5. 1878.

bedrohlicher Nähe der russischen Verbindungslinien sehr bewußt war. *Salisbury* gab gegenüber dem rumänischen Abgesandten in London nur unverbindliche Sympathieerklärungen ab und versicherte, ohne sich auf eine bestimmte Politik festzulegen, die britische Regierung wünsche, daß die territoriale Integrität Rumäniens bewahrt werde<sup>81</sup>). Die britische Politik schien in der rumänischen Armee in erster Linie ein hervorragendes Druckmittel zu sehen, das geeignet war, Rußland zu Kompromissen zu zwingen. Als Gegenleistung konnte man dann rumänische Positionen aufgeben.

*Debains* und *Fourier de Bâcourt*, der ihn zur Zeit des russisch-rumänischen Konflikts im französischen Generalkonsulat ablöste, rieten, wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen, der französischen Regierung, auf dem Berliner Kongreß die Ansprüche Rumäniens verbal zu unterstützen<sup>82</sup>). Die Entscheidung war aber schon vor Zusammentreten des Kongresses gefallen. Nach Auffassung *Salisburys* konnte Großbritannien nicht die Verantwortung auf sich nehmen, die Retrozession Südbessarabiens mit Gewalt zu verhindern, solange andere Mächte, deren Interessen direkter betroffen waren — gemeint war in erster Linie Österreich-Ungarn —, dazu nicht bereit waren. Gegen die Verletzung des Völkerrechts durch diesen Akt sollte aber deutlich protestiert werden<sup>83</sup>). In einem abtastenden Gespräch am Vorabend der Eröffnung des Kongresses drängte der Außenminister Österreich-Ungarns, *Andrássy*, *Salisbury* zu einer definitiven Äußerung über die Haltung der britischen Regierung, falls Rumänien die Rückgabe des Gebietes verweigern sollte. *Salisbury* sträubte sich zunächst, sich festzulegen, sagte dann aber, er glaube,

„wie sehr auch England geneigt sein möge, ein solches Vorgehen [seitens Rußlands] zu verurteilen und dagegen zu protestieren, wäre das Parlament doch nicht bereit, die nötigen Ausgaben auf sich zu nehmen, um diese Auffassung mit einem Krieg durchzusetzen.“

*Andrássy* erwiderte, dies sei auch die Position seiner Regierung<sup>84</sup>). Der französische Außenminister *Waddington* stellte in Berlin fest, daß keine Macht bereit war, gegen den entschlossenen Widerstand Rußlands Rumänien in seiner Ablehnung der Retrozession zu unterstützen. „Mit dem Wunsch, Rumänien die Gefühle des Wohlwollens zu bezeugen, von denen ihm [Frankreich] schon so viele Beweise gab“, bemühte sich daraufhin die französische Delegation vor allem, das Kompensationsobjekt zu vergrößern<sup>85</sup>).

<sup>81</sup>) FO 78/2832 *Salisbury* an *Mansfield* 15. 4. 1878.

<sup>82</sup>) MAE 43 *Bâcourt* an *Waddington* Nr. 3, 2. 6. 1878 und Privatschreiben *Debains* an *Waddington* undatiert Juni 1878.

<sup>83</sup>) FO 78/2898 Berlin Congress. *Salisbury* an *Odo Russell* (Botschafter in Berlin) 8. 6. 1878.

<sup>84</sup>) FO 78/2899 Berlin Congress. *Salisbury* an *Cross* (Principal Secretary of State) Nr. 1, 13. 6. 1878.

<sup>85</sup>) Documents diplomatiques français. Vol. 2. Paris 1930, S. 345—347, *Waddington* an *Dufaure* (Président du Conseil) Berlin 30. 6. 1878, S. 347—348, *Waddington* an *Dufaure* 1. 7. 1878.

Sowohl Großbritannien als auch Frankreich stimmten schließlich auf dem Berliner Kongreß, wenn auch zögernd und bedauernd, Rußlands Forderung nach der Rückgabe des südlichen Bessarabien zu. Die Unabhängigkeit Rumäniens wurde unter Bedingungen anerkannt, und nach längerer Zeit wurde das Land offiziell in den Kreis der souveränen Staaten aufgenommen<sup>86</sup>). Problematisch aber blieb weiterhin die Wahrung der politischen Unabhängigkeit gegenüber den mächtigen Nachbarn. Problematisch blieb auch die Erhaltung der Handlungsfähigkeit gegenüber den Gläubigerländern.

\*

Zusammenfassend wird man feststellen, daß die diplomatischen Berichte zum Verstehen innerrumänischer Probleme in der Regel nicht ausreichen und nur ergänzendes Material hergeben können. Einmal sind Genauigkeit und Dichte der Berichterstattung abhängig vom Interesse der jeweiligen Regierung an Zuständen und Ereignissen im Gastland. Dann wird ihr Informationswert bestimmt durch die Quellen, aus denen die Diplomaten ihre Kenntnis bezogen, während sich ihre unmittelbaren Kontakte auf die politische Elite und höchstens noch einzelne Vertreter der städtischen Oberschicht beschränkten.

Vor allem aus dem zweiten Grund finden sich wenig konkrete Informationen über die Situation der Bauern. Die Diplomaten erfahren auf indirektem Weg von ihrer Notlage, stellen Überlegungen an, wie weit die Opposition Aufstände gegen die Regierung und gegen den Fürsten ausnützen kann, kritisieren die Politik der Regierung auch im Hinblick auf die Belastung der Bauern und finden oft die Geduld unbegreiflich, mit der diese alle ihnen aufgebürdeten Lasten ertragen. Alles in allem wird die Agrarfrage vorwiegend aus der Perspektive der Hauptstadt gesehen. Der Wert von Informationen über die Haltung der „öffentlichen Meinung“ wird durch die Schwierigkeit für einen Einzelbeobachter beeinträchtigt, diesen Sammelbegriff zu fassen. Dazu kommt wieder, daß sich die diplomatischen Vertreter vorwiegend in Kreisen der politischen Entscheidungsträger bewegten und darüber hinaus bestenfalls vage Stimmungsbilder „aller Klassen, die lesen, reden und diskutieren“<sup>87</sup>), geben konnten. Trotzdem bieten sie wichtiges ergänzendes Material zu diesem für die Erklärung der rumänischen Politik der behandelten Zeit außerordentlich bedeutenden Faktor. Sehr aufschlußreich sind die diplomatischen Depeschen über die Verflechtung von Wirtschafts- und Finanzproblemen mit der Außenpolitik in der Motivation und Willensbildung der rumänischen Politiker. Doch auch hier ist eine nur auf dieser Quelle basierende Beurteilung nicht möglich. Sehr umfangreiches Material bringen die Berichte über Außenhandel, Auslandsanleihen und die Staatsfinanzen — Themen, die, entsprechend dem Charakter der französisch- bzw. britisch-rumänischen Beziehungen,

<sup>86</sup>) Zum Berliner Kongreß und der Durchführung seiner Beschlüsse über Rumänien vgl. W. N. Medlicott, *The Congress of Berlin and After. A Diplomatic History of the Near Eastern Settlement 1878–1880*. 2. Aufl. London 1963.

<sup>87</sup>) MAE 39 *Des Michels an Decazes* Nr. 33, 12. 7. 1875.

für die Generalkonsuln besonders nahe lagen. Meist beiläufig entsteht in der diplomatischen Korrespondenz ein sehr farbiges Bild von der Verfassungswirklichkeit und der Mentalität der politischen Elite.

\*

Am nächsten liegt es, die Haltung der diplomatischen Agenten Großbritanniens und Frankreichs und damit teilweise auch der von ihnen informierten Regierungen zu Rumänien aus den Berichten herauszuarbeiten. Es ergibt sich, daß die Rumänienpolitik beider Mächte einerseits durch europäische Zusammenhänge, andererseits durch ihre Interessen im Lande selbst geprägt war. Die wechselseitigen Beziehungen der Großmächte waren meistens die Ursache für das kritische und distanzierte Verhältnis Großbritanniens und Frankreichs zum rumänischen Streben nach Unabhängigkeit. Wegen ihrer Interessen innerhalb Rumäniens suchten sie auch, mit der Mächtegarantie verbundene Einflußmöglichkeiten zu erhalten. Soweit es sich damit vereinbaren ließ, waren sie aber nicht unbedingte Gegner der völligen Lösung Rumäniens aus der osmanischen Oberhoheit. Die Generalkonsuln gingen davon aus, daß in Rumänien eine europäisierte Gesellschaft bestand, daß

„die Bewegung der Ideen, die allgemeinen Tendenzen, der Geschmack und die Bedürfnisse aller auf eine noch engere Verschmelzung mit dem Westen zutreiben. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge mit Gewalt Bindungen an die Pforte herstellen zu wollen, die von den Sitten und Bestrebungen nicht mehr getragen werden, bedeutete, sicher für die nahe Zukunft neue Komplikationen vorzubereiten.“<sup>88)</sup>

Aber gerade Komplikationen sollten vermieden werden. Man verlangte von der rumänischen Regierung, daß sie außenpolitische Zurückhaltung übe, um nicht zusätzliche Probleme für die europäische Politik zu schaffen. Vor allem sollte sie sich auf die Pariser Verträge und die kollektive Garantie der Mächte stützen und nicht auf ein exklusives Bündnis mit einer Großmacht. Innenpolitisch erwartete man „sowohl Aufrechterhaltung des status quo als auch Stabilität und vernünftigen Fortschritt“<sup>89)</sup>. Dem Fürsten suggerierte man eine zivilisatorische Mission im Orient „durch ein Beispiel guten Regierens (good government), eine kluge Politik und das Wirken freier Institutionen“<sup>90)</sup>. Wenn Rumänien von dem so vorgezeichneten Weg nicht abwich, war man offenbar geneigt, ihm je nach der Entwicklung der Orientalischen Frage früher oder später die staatliche Unabhängigkeit zuzugestehen.

Im Gegensatz zu ihrer grundsätzlichen Bereitschaft, dem rumänischen Drang nach voller Souveränität nachzugeben, dachten aber die englischen und französischen Diplomaten nicht an eine Änderung des abhängigen Status Rumäniens an

---

<sup>88)</sup> MAE 39 *Des Michels* an *Decazes* Nr. 31, 2. 6. 1875.

<sup>89)</sup> FO 78/2398 *Vivian* an *Derby* Nr. 36, 12. 6. 1875.

<sup>90)</sup> FO 78/2484 *Mansfield* an *Derby* Nr. 14, 29. 9. 1876.

der Peripherie des von Westeuropa beherrschten Weltwirtschaftssystems<sup>91</sup>). Als die rumänische Regierung versuchte, nach dem Beispiel Österreich-Ungarns auch die anderen Mächte zum Abschluß von Handelsabkommen zu bewegen, verhielt sich der britische Generalkonsul sehr zurückhaltend und wies darauf hin,

„daß die Produkte und Fertigwaren Englands, wie Baumwollstoffe, Eisen, Kohle und landwirtschaftliche Maschinen für Rumänien, das keine einheimische Industrie von ähnlicher Art besitzt, absolut notwendig seien, während für [das Land] gleichermaßen essentiell sei, seine [landwirtschaftlichen] Produkte nach England zu verkaufen.“ Er meinte deshalb, „freier Austausch und ein billiger Zolltarif gegenüber englischen Fertigwaren sei die natürliche und vernünftige Politik der rumänischen Regierung, die kaum in einem Abkommen niedergelegt zu werden braucht.“<sup>92</sup>)

Die rumänische Regierung ließ auch selbst keinerlei Absicht erkennen, die Situation — Einfuhr von Fertigwaren gegen Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte — und die damit verbundene Abhängigkeit vom Weltmarkt in anderer Richtung zu beeinflussen. Vielmehr setzte sie die Zollpolitik zunächst nur dafür ein, die Mächte zum Abschluß von Handelsabkommen zu bewegen. Sie tauschte damit Fortschritte auf dem Weg zur Unabhängigkeit *de jure* gegen die Zementierung einer viel gravierenderen wirtschaftlichen Abhängigkeit ein.

Bescheidene Versuche einzelner rumänischer Politiker, die Abhängigkeit von den westeuropäischen Kapitalmärkten zu verringern, wurden unter dem Druck der Mehrheit der politisch Verantwortlichen schnell wieder aufgegeben. Die staatliche Finanzpolitik gegenüber dem Ausland beschränkte sich darauf, den Schein der Solidität zu wahren, um die Bedingungen für Anleihen nicht zu verschlechtern. Die diplomatischen Vertreter der Gläubigerländer zeigten deutlich ihr Interesse, Rumänien weiterhin als Anlageplatz für profitablen Kapitalexport zu erhalten, und man wird in ihrer Korrespondenz vergeblich ein Wort der Kritik an den für den Empfänger ruinösen Bedingungen suchen. Immer wieder geben sie der Sorge Ausdruck, daß die rumänische Regierung durch eine unverantwortliche Ausgabenpolitik die Liquidität des Staates untergrabe. Besonders die französischen Generalkonsuln waren um die Zahlungsmoral des rumänischen Staates besorgt und setzten sich schärfer als ihre englischen Kollegen zugunsten der Ansprüche französischer Staatsangehöriger ein. Wenn man bei der rumänischen Regierung deswegen nicht jeweils sehr ernst vorstellig würde, müßte, nach Meinung *Debains*, deren Verantwortungslosigkeit zu einem Bankrott führen, von dem sich der rumänische Staat nicht wieder erholen könnte. Frankreich würde nicht zuletzt unter dieser finanziellen und politischen Katastrophe zu leiden haben<sup>93</sup>). Das insinuirende Lob für im Osten Beispiel gebendes „good government“ zielte auch auf die Bedingungen für den Kapitalimport. Nach den Berichten beider General-

---

<sup>91</sup>) Dazu die auf die Walachei beschränkte Untersuchung Daniel Chirot, *Social Change in a Peripheral Society. The Creation of a Balkan Colony*. New York, San Francisco, London 1976.

<sup>92</sup>) *Independența* II, 1, S. 106—107, *Vivian an Derby* Nr. 59, 28. 10. 1875.

<sup>93</sup>) MAE 41 *Debains an Decazes* Nr. 3, 6. 1. 1877.

konsuln war trotz unbestrittener Fortschritte noch kein allzu großes Vertrauen in die rumänische Verwaltung und Justiz angebracht. Deswegen waren sie besorgt darüber, daß der nationale Unabhängigkeitsdrang die juristisch noch gültige Konsulargerichtsbarkeit praktisch unanwendbar machte<sup>94</sup>).

Während also die Vertreter der beiden Westmächte die Unabhängigkeit Rumäniens nicht grundsätzlich ablehnten, wenn dadurch nicht der Frieden im Orient und das Gleichgewicht der Mächte gestört würden, waren sie für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Abhängigkeit, die auch von rumänischer Seite nicht ernsthaft in Frage gestellt wurde. Ihre diplomatische Korrespondenz kann über die Diplomatiegeschichte hinaus Fragestellungen erschließen, die den Blick auf die krisenhaften Entwicklungen im Bereich der Wirtschaft, der Finanzen, des Regierungssystems und der Gesellschaft öffnen, die der rumänischen Politik zur Zeit der Orientalischen Krise zugrunde liegen. Zur Lösung der aufgeworfenen Fragen reicht das Material, das sie bieten, allein aber nicht aus.

---

<sup>94</sup>) FO 78/2398 *Vivian an Derby* Nr. 22, 26. 3. 1875; MAE 39 *Des Michels an Decazes* Nr. 22, 3. 4. 1876; FO 78/2642 *Mansfield an Derby*. Consular. 27. 3. 1877.